



c/o Walter Kubach
Urbanstr.15
74395 Mundelsheim

Stuttgart 9. Januar 2013

An

Koll. Alexander Kirchner

Koll. Jörg Hensel

Koll. Klaus Dieter Hommel

Koll. Günter Kirchheim

Koll. Helmut Kleindienst

Koll. Vitus Miller

Koll. Wolfgang Joosten

Koll. Mario Reiß

Frau Ute Plambeck

Koll. Regina Rusch-Ziemba

DB- Aufsichtsratssitzung zu Stuttgart 21 im Januar

Lieber Koll. Kirchner,

als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG werdet Ihr in dessen Sondersitzung im Januar diesen Jahres eine für das Unternehmen folgenreiche, gesellschafts- und verkehrspolitisch richtungweisende Entscheidung zu fällen haben: soll Stuttgart 21 mit seinen unkalkulierbar gewordenen Risiken weiter gebaut oder soll mit den Projektpartnern ein einvernehmlicher Ausstieg bzw. Umstieg angestrebt werden?

Ihr seid als betriebliche Vertreter den Beschäftigten des Unternehmens und als externe gewerkschaftliche Vertreter darüber hinaus allgemeinen Interessen der Arbeitnehmer/innen verpflichtet. Das ist der Grundgedanke der deutschen Mitbestimmung auf Unternehmensebene.

Beides erfordert unseres Erachtens ein klares Votum für den Ausstieg aus Stuttgart 21.

Nach den von Eurem Vorstand am 12. Dezember eingeräumten Kostensteigerungen war schnell klar, dass weder für die zusätzlichen 1,1 Mrd € noch für die weiteren 1.3 Mrd € einer der Projektpartner zur Mitfinanzierung bereit ist – wir meinen zu recht, denn auch Mehrkosten durch Neuplanungen auf den Fildern oder infolge der Geißlerschen Schlichtung gehen auf Planungsfehler der Bahn zurück.

Hinzu kommen weitere Milliardenrisiken durch die Unkalkulierbarkeit der Geologie (Stichwort Grundwassermanagement), durch Mehraufwand beim Brandschutz (hier geht es um Milliarden, s. Berliner Airport), durch Regressforderungen aufgrund absehbarer Verzögerungen und nicht zuletzt durch das hohe Risiko eines gerichtlich erzwungenen Baustopps, der der Bahn u.a. wegen falscher Angaben über die Leistungsfähigkeit von Stuttgart 21 droht.

Sicher wird auch ein Ausstieg, und in geringerem Maße auch ein gemeinsamer Umstieg, zu Verlusten für das Unternehmen führen. Wenn man die politische motivierten Zahlenangaben des Vorstands einmal beiseite lässt, dürften die tatsächlichen Ausstiegskosten eher bei 400 bis 500 Mio € liegen und damit weit unterhalb der Kostenrisiken einer Fortsetzung des Projekts (s. Anlage).

Wie würde der Vorstand auf Kostensteigerungen in den zu befürchtenden Größenordnungen reagieren? Notgedrungen mit der Rücknahme oder Verzögerung anderer wichtiger Infrastrukturvorhaben sowie dem Versuch weiterer Preissteigerungen und - nach aller gewerkschaftlichen Erfahrung - vor allem mit Stellenabbau und Kürzungspolitik im Personalbereich.

Beides steht den Arbeitnehmerinteressen, die Ihr im Aufsichtsrat vertretet, entgegen, und zwar sowohl denen der DB-Beschäftigten als auch den Interessen der Arbeitnehmer/innen allgemein, denen an einer gut ausgebauten Bahn gelegen ist, die sie preiswert, pünktlich und komfortabel zur Arbeit und zeitig wieder nach Hause bringt.

Die diesbezüglichen Erfahrungen, die hunderttausende Kollegen/innen speziell in den letzten Monaten im Großraum Stuttgart gemacht haben, sind ein Fiasko für die Bahn. Sie schädigen ihren Ruf und machen es auch unter Gewerkschafter/innen immer schwerer, für „unsere“ Bahn und gegen weitere Privatisierung (Stichwort 2. Bahnreform) einzutreten.

Aus diesen Gründen bitten wir Euch Eure Funktion als Vertreter der Arbeitnehmer/innen im betrieblichen wie allgemeinen Sinne wahrzunehmen und in der Aufsichtsratssitzung bei Stuttgart 21 umgehend die Reißleine zu ziehen.

Dass Ihr als Aufsichtsratsmitglieder bei Fortführung des Projekts auch ein hohes persönliches Haftungsrisiko eingeht, hat Euch, wie allen anderen AR-Mitglieder, ja schon Dr. Eisenhart von Loeper, Rechtsanwalt und Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21 in einem Schreiben vom 30. Nov. 2012 übermittelt. Dies wird in diesen Tagen durch eine weitere gutachtliche Stellungnahme von RA Arne Maier ergänzt, in der auch der Weg einer vertragskonformen Projektbeendigung beschrieben wird (Anlage).

Der jahrelange Konflikt um Stuttgart 21 hat sicher viele Gräben gezogen, auch bei den Gewerkschaften. Dennoch besteht bei den Gewerkschafter/innen gegen Stuttgart 21, wie überhaupt in der Bürgerbewegung gegen dieses Projekt, eine große Bereitschaft zu einem kooperativen Neuanfang, zu einem Umstieg zu einer Verbesserung des Bahnhofs und des Verkehrsknotens Stuttgart, der die umwelt- und verkehrspolitischen Vorteile der Schiene gegenüber dem Individualverkehr zur Geltung bringt.

Nur eine Bahn, die in diesem Sinne zukunftsfähig ist, wird Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen gewährleisten können. Versteht man den Widerstand gegen Stuttgart 21 als eine große Pro-Bahn-Bürgerbewegung, so wirkt diese auch im wohlverstandenen Interesse der Kollegn/innen der DB AG.

Mit kollegialen Grüßen

Werner Sauerborn, GewerkschafterInnen gegen Stuttgart 21 /werner.sauerborn@t-online.de

